



Brüssel, 03. Mai 2007

Inge Gräßle (EVP-ED/CDU):

Personalaufbau bei den EU-Institutionen stärker ins Auge fassen

Nach Auffassung der EVP-ED-Koordinatorin im Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments, Inge Gräßle, ist die Personalentwicklung in den Institutionen weiterhin als besorgniserregend einzustufen. "Die von EU-Haushaltskommissarin Dalia Grybauskaitė jetzt vorgelegte Analyse der Personalentwicklung in den europäischen Institutionen verstärkt noch die Sorge um den Personalzuwachs der vergangenen Jahre", sagte die CDU-Europaabgeordnete heute in einer ersten Reaktion in Brüssel.

So sei es zwar grundsätzlich richtig, dass die besonderen Anforderungen an die EU-Institutionen insbesondere bei der Vielsprachigkeit ebenso wie die jüngsten Erweiterungen und zusätzliche Aufgabengebiete wie die Energiesicherheit oder der Klimaschutz auch mehr Personal erforderten. "Zuwachsraten von durchschnittlich 40 Prozent sind aber meiner Ansicht nach nicht vertretbar, vor allem dann, wenn man sich vor Augen führt, dass der öffentliche Dienst nicht zuletzt wegen der wachsenden Pensionslasten überall in Europa zurückgefahren wird", kritisierte Inge Gräßle. Wenig überzeugend sei auch die Argumentation der Kommissarin, in der Kommission habe der Stellenzuwachs "nur" bei 13,2 Prozent gegenüber dem Jahre 2002 gelegen - im Vergleich zu 36,8 Prozent beim Parlament, 29,5 Prozent beim Rat, 66,7 Prozent beim Gerichtshof, 45,4 Prozent beim Rechnungshof, 35,2 Prozent beim Wirtschafts- und Sozialausschuss, 86,4 Prozent beim Ausschuss der Regionen und 111,1 Prozent beim Europäischen Bürgerbeauftragten. "Entscheidend ist aber nicht allein der prozentuale Zuwachs, sondern auch das Ausgangsniveau und hier stellt die Kommission mit mehr als 25.000 Beschäftigten nach wie vor den Löwenanteil der fast 39.000 EU-Bediensteten", so die CDU-Europaabgeordnete aus Baden-Württemberg weiter, die zudem Organisationsüberlegungen an allen Standorten forderte, vor allem auch in Luxemburg.

Noch zweifelhafter sei zudem der Personalzuwachs nach der jüngsten Erweiterungsrunde: Hier sind allein für das Jahr 2008 nach Angaben der Kommissarin 890 neue Posten aufgrund des Beitritts von Bulgarien und Rumänien vorgesehen. "Andererseits ist bereits im Haushaltsjahr 2008 mit einem Anstieg der Pensionskosten um mehr als 10 Prozent zu rechnen", stellte die EVP-ED-Koordinatorin im Haushaltskontrollausschuss fest. "Die Personalplanung muss daher die veränderte Rolle und die Aufgaben der EU stärker mit einbeziehen. Völlig offen ist hier etwa, ob die Gründung von Exekutivagenturen in Brüssel personalneutral war oder ebenfalls zu Zuwächsen geführt hat", so Inge Gräßle abschließend.

Für weitere Informationen:

Büro Dr. Inge Gräßle, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2847868

EVP-ED-Pressestelle, Knut Götz, Tel.: +32 - 479 - 972144